

Der deutsche Fiskus rechnet 2016 mit 691 Milliarden Euro

Runter mit den Steuern

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden werden in diesem Jahr auf mehr als 691 Milliarden Euro steigen – fünf Milliarden mehr als im November 2015 von den Schätzern des Finanzministeriums prognostiziert. Die positive Wirtschaftsentwicklung in Deutschland, verbunden mit einer guten Beschäftigungslage, bescheren dem Staat Mehreinnahmen. Wäre es da nicht angeraten, die Steuern zu senken?

Daß Juso-Chefin Johanna Uekermann sogar noch mehr „abgreifen“ will, überrascht nicht. Auch keynesianische Stimmen sehen keinen Spielraum: Bei den vielen Aufgaben, die der Staat zu erfüllen habe, dürfe er keinesfalls finanziell geschwächt werden. Ihr Antipode, der US-Ökonom Milton Friedman vertrat hingegen die Auffassung, daß Steuersenkungen immer und überall richtig seien: Das Geld gehört den Bürgern. Sie und nicht der Staat wissen, für was das Geld am besten auszugeben ist. Steuersenkungen seien zudem die einzige Möglichkeit, den staatlichen Expansionsdrang zu bändigen, der letztlich die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft lahmlegt.

Steht dem Staat weniger Geld zur Verfügung, können die Politiker nicht mehr ungehemmt das finanzielle Füllhorn ausschütten, um ihre Wiederwahl zu sichern. Der Korruption der Wähler durch die Politiker – die in einer Demokratie vermutlich britisches Fehlleistungsmodell – wird so entgegengewirkt. Gleichzeitig wird es auch den Wählern erschwert, sich auf

Kosten der Netto-Steuerzahler besserzustellen, indem sie Parteien beauftragen, Einkommen und Vermögen zu ihren Gunsten umzuverteilen.

Zwischen wirtschaftlicher Prosperität und Besteuerung besteht eine negative Beziehung: Steuern entmutigen das Sparen, das Investieren und letztlich auch die Produktion. Je niedriger hingegen die Besteuerung ausfällt, desto größer ist auch die Investitionsbereitschaft. Sie läßt den Kapitalstock anwachsen. Die Produktivität nimmt zu, und das führt

letztlich zu höheren Löhnen. Erfreulich ist, daß es in der EU nun Bestrebungen gibt, den Mitgliedsländern mehr Spielraum bei der Mehrwertsteuer einzuräumen; derzeit gilt ein Mindestsatz von 15 beziehungsweise ein ermäßigter Satz von fünf Prozent. In Deutschland ließe sich ein Absenken der Steuersätze verbinden mit einem Großreinemachen in der Umsatzsteuerwelt, die ein großes Wirrwarr von Sonderregeln kennt. Doch die Initiative für ein Vereinfachen und Verringern der Steuern muß

von den Wählern ausgehen. Denn im aktuellen politischen Klima stehen die Chancen schlecht, daß die Parteien sich aus eigenem Antrieb an das Steuersenken heranwagen. Sie würden vermutlich eher verlockt sein, im Zuge einer Vereinheitlichung der Umsatzsteuersätze eine Steuererhöhung durch die Hintertür durchzuführen.

Prof. Dr. Thorsten Polleit ist Präsident des Ludwig von Mises Instituts Deutschland. www.misesde.org



VON THORSTEN POLLEIT

»Die Chancen stehen schlecht, daß die Parteien sich an das Steuersenken heranwagen.«

Steuererklärung: Bundesregierung plant neue Strafgebühr

Die nächste Zumutung kommt

Von Ronald Gläser

Abgabetermin ist am 31. Mai! Dieser Tage sitzen wieder Millionen deutsche Steuerbürger am Wochenende an ihrem Schreibtisch. Statt mit ihren Kindern zu spielen, den Grill anzuwerfen oder den Keller zu entrümpeln, müssen sie ihre Steuererklärung erledigen. Sie zerbrechen sich den Kopf, ob die Zulage ihres Arbeitgebers in Höhe von 315 Euro für die Teilnahme an einer Messe in Paris jetzt in das Formular 011-EStIC2015 gehört – oder doch in das Formular 056-Anlage N-AUS2015. „Die sind ja verrückt“, grummelt es aus dem Arbeitszimmer. Niemand hat je den volkswirtschaftlichen Schaden gemessen, der entsteht, weil der Staat das Steuerrecht immer komplizierter macht. Die wird nicht gemessen oder berechnet. Der Bürger wird verpflichtet, den Müll zu trennen, die Mindestlohndokumentationspflicht zu erfüllen, den nicht vorhandenen Parkplatz zu suchen oder seinen Wohnortwechsel umgehend mitzuteilen. Der Staat hat den Nutzen und der Bürger die Kosten.

Jetzt sollen also ab 2017 nochmal 25 Euro dazukommen für jeden Monat, den ein Steuerpflichtiger säumig ist. Bislang wurde die Abgabefrist von vielen Finanzämtern eher lax gehandhabt. Auch in Zukunft soll es möglich sein, längere Abgabefristen zu bekommen, etwa auf Antrag oder bei Hinzuziehung eines Steuerberaters. Trotzdem ist die Strafgebühr eine Zumutung. Wenn der Steuerstaat die Abgabe beschleunigen will, dann sollte er das Ausfüllen vereinfachen und eine Reduzierung der Unterlagen vornehmen. Die jetzigen Formulare sind wirklich etwas für Bürokraten im fortgeschrittenen Stadium und in einer Sprache, gegen die schlecht übersetzte japanische Produktbeschreibungen noch verständlich sind.

Außerdem ist absehbar, daß am Ende Steuerhilfvereine und Steuerberater die großen Gewinner sein werden, weil jetzt noch mehr Bürger professionelle Hilfe in Anspruch nehmen werden. Dies wird gerade Rentner betreffen. Bei ihnen gibt es für den Staat noch viel zu holen.



Ein Faß ohne Boden

Griechenland-Studie: Bis Sommer 2015 sind 420 Milliarden Euro an Hilfen geflossen / Euro-Rettungsfonds büßten 43 Milliarden Euro ein

Pariser Banken- viertel La Defense: 240 Milliarden Euro dienten den Griechen als Entlastung

DIRK MEYER

Selten genug erlangt eine wirtschaftspolitische Untersuchung mediale Aufmerksamkeit. Aktualität, Originalität und Informationsgehalt mögen förderliche, aber nicht zwingend notwendige Kriterien sein. Mitunter reicht der richtige Zeitpunkt – die Flüchtlingskrise gerät etwas außer Interesse und der drohende Brexit scheint noch fern: So geschehen Anfang Mai mit einer Studie über die Verwendung

der Rettungshilfen für Griechenland.

Die Kernaussagen der Studie „Where did the Greek bailout money go?“ der European School of Management and Technology (ESMT) lassen sich so kurz zusammenfassen: Die ersten beiden Griechenland-Hilfsprogramme waren eine Rettung der Banken und Finanzinvestoren. Es fand ein gewaltiger Risiko- und Schuldentransfer von den privaten Gläubigern hin zu den Rettungsfonds, dem Währungsfonds und der EZB statt – letztendlich zu Lasten des Steuerzahlers. Im Umkehrschluß: Die Hilfen gingen an den Griechen weitgehend vorbei.

Von den 215,9 Milliarden Euro des ersten und zweiten Hilfsprogramms wurden von 2010 bis zum Sommer 2015 86,9 Milliarden Euro für die Tilgung von Altschulden, 52,3 Milliarden Euro für Zinszahlungen und 37,3 Milliarden Euro für neues Eigenkapital der griechischen Banken aufgewendet. Mit 29,7 Milliarden Euro wurden Zahlungsrückstände bedient. Lediglich 9,7 Milliarden Euro blieben für Mehrausgaben im Staatshaushalt. Ergebnis: Ganze fünf Prozent blieben beim griechischen Bürger hängen.

Richtig an diesen Aussagen ist, daß im Frühjahr 2010 öffentliche und private griechische Schuldpapiere in erheblichem Umfang bei den europäischen Banken lagerten: französische Banken besaßen 53 Milliarden Euro, deutsche Banken 33 Milliarden Euro und britische Banken neun Milliarden Euro dieser Problemladungen. Plötzliche Wertberichtigungen und Überschuldungen einzelner Geldinstitute hätten die Stabilität nicht nur des europäischen Finanzsektors durch die Griechenlandkrise akut gefährdet. Eine nationalstaatliche Bankenrettung – die USA machten es mit der Rettung des Versicherers AIG und der Citigroup-Bank vor – in Kombination mit einem Euro-Austritt Griechenlands hätte erheblich weniger Mittel benötigt. Der Fall wäre bei beherztem Eingreifen

der Regierungen abgeschlossen gewesen und hätte anderen mediterranen Staaten als warnendes Beispiel gedient. Die Rettungsfonds und die EZB kauften hingegen den Banken diese Anleihen überverteuert ab. Damit wurde das Risiko des Zahlungsausfalls auf den Steuerzahler übertragen.

Euroaustritt, Abwertung und sofortiger Schuldenschnitt

Dies alles ist bekannt. Neu ist hingegen die genaue Auflistung der verwendeten Hilfsgelder, wengleich diese unvollständig und in der Wertung fragwürdig bleibt. So ermöglichten nicht nur die 9,7 Milliarden Euro Spielraum für Mehrausgaben im Staatsetat, sondern auch die 29,7 Milliarden Euro für Zahlungsrückstände des Staates kamen dem griechischen Wirtschaftskreislauf zugute. Darüber hinaus sind die 215,9 Milliarden Euro zum Ende des ersten und zweiten Hilfsprogramms (Stand: Juni 2015) nur der fiskalische Teil der Hilfen.

Das Gesamtpaket für Griechenland umfaßte jedoch noch drei weitere wichtige Posten. Die Notkredite der griechischen Notenbank im Umfang von zeitweise über 90 Milliarden Euro an die dortigen insolventen Geschäftsbanken waren ohne Gegenwert für das gesamte Eurosystem. Sie ermöglichten jedoch die Kapitalflucht und Barabhebungen der Griechen zum Höhepunkt der Krise, als der Austritt zum Greifen nahe war. Hinzu kommen 27 Milliarden Euro an griechischen Staatspapieren, die die EZB zur Stützung aufgekauft hat, um die Insolvenz des Staates – rechtlich fragwürdig – hinauszuzögern. Schließlich hatte der Target-Saldo ein Minus von etwa 108 Milliarden Euro. Dieser gibt unter anderem das Ausmaß des griechischen Importüberschusses an, der mangels privater Kreditgeber über Kredit der Exportstaaten ohne werthaltige Sicherheiten finanziert wurde.

Rechnet man Doppelzählungen von Kapitalfluchtgeldern und Targetkrediten in Höhe von etwa 20 Milliarden Euro heraus, so betragen die Hilfen für Griechenland zusammen rund 420 Milliarden Euro, wovon immerhin etwa 245 Milliarden Euro den Griechen als Entlastung dienten. Somit kamen im Juni 2015 nicht fünf Prozent, sondern weit über die Hälfte der an Griechenland geflossenen öffentlichen Hilfen den Bürgern in irgendeiner Weise zugute.

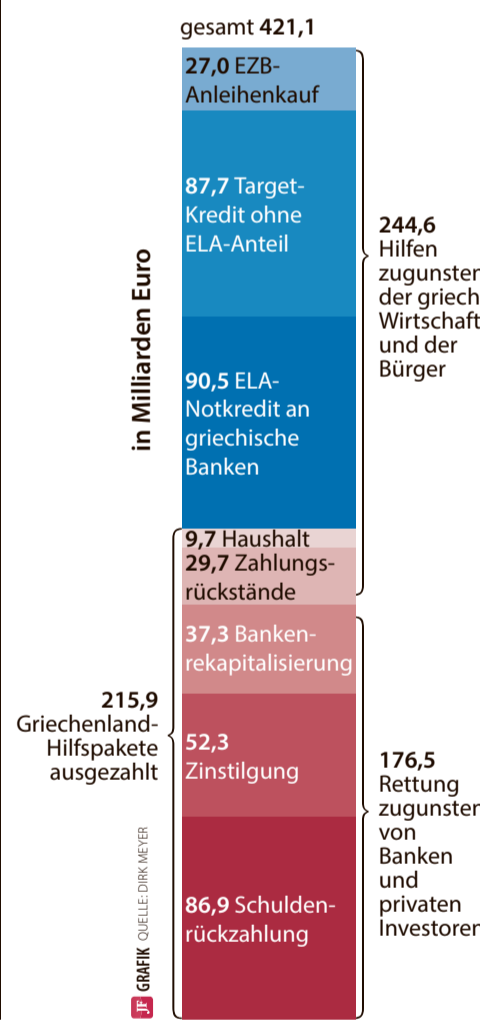
Darüber hinaus wird in der Studie das Ausmaß der Schuldenschnitte verkürzt dargestellt. So verloren private Investoren im März 2012 zwar nominal 107 Milliarden Euro (53,5 Prozent), faktisch jedoch durch Zinssenkungen und Laufzeitverlängerung der neu ausgegebenen Anleihen über 70 Prozent ihrer Forderungen. Der Schuldenschnitt öffentlicher Schuldner im November 2012 wird unterschlagen. Hier büßten vornehmlich die Euro-Rettungsfonds über eine Zinssenkung und Laufzeitverlängerungen 43 Milliarden Euro (40 Prozent) ein.

Was schlagen ESMT-Präsident Jörg Rocholl und sein Doktorand Axel Stahmer vor? Einen erneuten Schuldenschnitt, allerdings erst nach echten Strukturreformen: Effizienzsteigerung bei der Steuererhebung und Verwendung öffentlicher Gelder, Aufbau des Grundbuchkatasters, Privatisierungen und ein Konkursgesetz, das Banken bei faulen Krediten eine bessere Restwertversicherung ermöglicht. Doch das kostet Zeit – Zeit, die bis zum drohenden Brexit, dem möglichen nächsten Zahlungsausfall Griechenlands im Juli und neuen Flüchtlingsströmen nicht vorhanden ist. Sicherlich hat Jörg Rocholl, der auch Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat beim Finanzministerium ist, noch weitere Ideen, wie es weitergehen könnte. Ein Vorschlag: Euroaustritt, Abwertung der Drachme und sofortiger Schuldenschnitt.

Jörg Rocholl, Axel Stahmer: Where did the Greek bailout money go? (ESMT WP-16-02): esmt.org/where-did-greek-bailout-money-go

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ordnungsökonomik an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Kredithilfen für Griechenland



2016

DIE ASYL KRISE

Europa von innen – Die Flüchtlingslüge

Große JF-TV-Dokumentation

Ein Film von Marco Pino

DVD nur 5€

Neue Asyl-Broschüre!

Bestellen Sie jetzt und helfen Sie aufzuklären!

Alles auf jf.de/asyl

- ▶ aktuelle Broschüre 2016: Zahlen und Hintergründe
- ▶ Dossier und Chronik
- ▶ JF-TV-Dokumentation "Die Flüchtlingslüge"

Riesenerfolg! 1,53 Mio. verteilt

gratis

2016 2016 2016

DIE ASYL KRISE

Die Wahrheit über das Asyl-Chaos und was wir dagegen tun können